

## **Hausordnung**

Zum Schutz von Personen, Gebäuden und Sachwerten wird angeordnet:

### **1. Sicherheit im Gerichtsgebäude:**

1.1. Das Gerichtsgebäude darf mit einer Waffe nicht betreten werden; als Waffe ist jeder besonders gefährliche, zur Bedrohung von Leib oder Leben geeignete Gegenstand anzusehen.

1.2. Wer entgegen dem Punkt 1.1. eine Waffe bei sich hat, hat sich über die Behindertensprechanlage vor dem Betreten des Gebäudes zu melden. Die Waffe ist von einem Bediensteten in Verwahrung zu nehmen.

1.3. Der Besitzer ist vor der Verwahrung der Waffe über die für die Ausfolgung einer Waffe maßgebenden Umstände (Punkt 7.) in Kenntnis zu setzen.

1.4. Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des COVID-19-Virus:

1.4.1. Zu sämtlichen Personen ist ein Mindestabstand von 2 Metern einzuhalten.

1.4.2. Bei Betreten des Gebäudes sind die Hände zu desinfizieren, wenn vom Gericht Desinfektionsmittel bereitgestellt wird.

1.4.3. Während des Aufenthaltes im Gebäude haben alle gerichtsfremden Personen einen solchen Gesichtsschutz zu tragen, der aktuell für die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln (GSÖ) vorgeschrieben ist. Dies gilt auch während Verhandlungen, wobei der Verhandlungsleiter Ausnahmen anordnen kann.

Schwangere oder Personen, die beim Zutritt zum Gerichtsgebäude ein

ärztliches Attest eines zum Zeitpunkt der Vorlage zugelassenen Arztes vorweisen, demzufolge ihnen aus gesundheitlichen Gründen das Tragen einer FFP2-Maske nicht möglich ist, haben einen MNS oder, wenn sie auch für diesen ein entsprechendes ärztliches Attest vorlegen, ein selbst mitgebrachtes Gesichtsvisier zu verwenden, sofern es sich bei diesem um eine den Mund- und Nasenbereich vollständig abdeckende mechanische Schutzvorrichtung handelt. Im Zweifel ist ein vom Gericht beizustellendes Gesichtsvisier zu tragen.

Im Übrigen gelten die allgemeinen "Ampelmaßnahmen Justiz" in der jeweils geltenden Fassung.

1.4.4. Wird das Nichteinhalten eines Mindestabstands (1.4.1.) oder das Nichttragen der Gesichtsmaske (1.4.3.) festgestellt oder wird das Desinfizieren der Hände ohne sachlichen Grund verweigert (1.4.2.), sind die betreffenden Personen auf die diesbezügliche Verpflichtung hinzuweisen und, sollten sie dieser trotz Aufforderung nicht nachkommen, des Gebäudes zu verweisen. In diesem Fall sind diese Personen als unentschuldig säumig anzusehen (§ 16 Abs 5 GOG).

## **2. Ausnahmen vom Mitnahmeverbot von Waffen:**

2.1. Auf Kontrollorgane (Punkt 3.1), die zum Führen einer bestimmten Waffe nach dem Waffengesetz befugt sind, sowie auf Personen, die aufgrund eines richterlichen Auftrags eine bestimmte Waffe in das Gerichtsgebäude mitzunehmen haben, ist insoweit Punkt 1. nicht anzuwenden.

2.2. Richtern, Staatsanwälten und anderen Beamten der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden kann auf ihren Antrag von ihrer für Feststellungen und Verfügungen in Angelegenheiten der Sachleistungen zuständigen Dienstbehörde die Mitnahme einer bestimmten Waffe, die sie besitzen oder führen dürfen, in das Gerichtsgebäude, in dem ihre Dienststelle untergebracht ist, befristet gestattet werden, wenn hierfür besonders wichtige Gründe gegeben sind.

2.3. Unter den in Punkt 2.2. genannten Voraussetzungen kann auch anderen Personen sowie Personen des im Punkt 2.2. genannten Personenkreises, die eine Waffe in einem nicht von Punkt 2.2. erfasstes Gerichtsgebäude mitzunehmen beabsichtigen, auf ihren Antrag die Mitnahme einer bestimmten Waffe in das Gebäude des Bezirksgerichtes befristet gestattet werden; diese Entscheidung obliegt dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz.

### **3. Sicherheitskontrolle:**

3.1. Personen, die ein Gerichtsgebäude betreten oder sich in einem solchen aufhalten, haben sich auf Aufforderung eines Kontrollorganes einer Kontrolle zu unterziehen, ob sie eine Waffe bei sich haben (Sicherheitskontrollen). Kontrollorgane sind die vom jeweiligen Sicherheitsunternehmer mit der Vornahme der Sicherheitskontrollen beauftragten Personen sowie die allenfalls vom Vorsteher des Bezirksgerichtes hierzu bestimmten Gerichtsbediensteten.

3.2. Die Sicherheitskontrollen werden insbesondere unter Verwendung technischer Hilfsmittel, nämlich eines Handsuchgerätes, durchgeführt; unter möglicher Schonung des Betroffenen ist auch das Verlangen nach einer Vorweisung der von ihm mitgeführten Gegenstände sowie eine händische Durchsuchung seiner Kleidung zulässig; eine solche Durchsuchung der Kleidung darf nur von Personen desselben Geschlechts vorgenommen werden.

3.3. Den der Sicherheitskontrolle und der Durchsetzung des Mitnahmeverbotes von Waffen dienenden Anordnungen der Kontrollorgane ist Folge zu leisten; ein richterlicher Auftrag zur Mitnahme einer bestimmten Waffe (Punkt 2.1.) oder ein Bescheid nach Punkt 2.2. oder 3. ist ihnen unaufgefordert vorzuweisen.

3.4. Für Personen, die in einem Dienst- oder Ausbildungsverhältnis zum

Bund stehen, ist die Befolgung der Anordnungen nach 3.3. Dienstpflicht. Die durch einen Verstoß gegen diese Dienstpflicht bewirkte Abwesenheit vom Dienst gilt als nicht gerechtfertigt.

#### **4. Ausnahmen von der Sicherheitskontrolle:**

4.1. Vorbehaltlich der Punkte 4.2. und 3. sind Richter, Staatsanwälte, sonstige Bedienstete der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden und des Bundesministeriums für Justiz sowie Funktionäre der Prokuratur, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Verteidiger, qualifizierte Vertreter nach § 40 Abs. 1 Z 2 ASGG, Rechtsanwaltsanwärter, Notariatskandidaten und Patentsanwaltsanwärter keiner Sicherheitskontrolle nach Punkt 3.1. und 2. zu unterziehen, wenn sie sich - soweit erforderlich - mit ihrem Dienst- bzw. Berufsausweis ausweisen und erklären, keine oder nur eine Waffe bei sich zu haben, deren Mitnahme ihnen gestattet wurde (Punkt 2.2. und 3.).

4.2. Hegt ein Kontrollorgan bei einer nach Punkt 4.1. genannten Person trotz ihrer Erklärung nach 3.1. den begründeten Verdacht, dass sie doch unerlaubt eine Waffe bei sich hat, so ist sie ausnahmsweise auch einer Sicherheitskontrolle nach Punkt 3.1. und Punkt 2. zu unterziehen.

4.3. Liegen besondere Umstände vor, so können die Kontrollorgane angewiesen werden, dass auch jede Person des im Punkt 4.1. genannten Personenkreises einer Sicherheitskontrolle nach Punkt 3., Punkt 1. und Punkt 2. zu unterziehen ist. Diese Anordnung ist den Erfordernissen entsprechend zeitlich zu beschränken; sie ist vom Gerichtsvorsteher des Bezirksgerichtes Mürzzuschlag zu treffen.

4.4. Hat es ein qualifizierter Vertreter zu Unrecht abgelehnt, eine Waffe zu verwahren oder fälschlich erklärt, keine Waffe oder nur eine solche bei sich zu haben, deren Mitnahme ihm gestattet wurde, so ist § 40 Abs. 6 und 7 ASGG in jenem Verfahren sinngemäß anzuwenden, in dem er nach dem Betreten des Gerichtsgebäudes einzuschreiten beabsichtigte.

4.5. Personen, die wegen ihres öffentlichen Dienstes zum Tragen bestimmter Waffen verpflichtet sind, sowie von diesen vorgeführte Personen sind jedenfalls keiner Sicherheitskontrolle nach Punkt 3. zu unterziehen; für die letzten Personen gilt dies nur, wenn der Vorführende erklärt, dass er die vorgeführte Person einer Sicherheitskontrolle bereits unterzogen hat.

## **5. Fotografier- und Filmverbot:**

5.1. Für sämtliche Kanzlei- und Büroräume sowie Verhandlungssäle gilt ein Fotografier- und Filmverbot bzw. ein Verbot, Video- und Tonbandaufzeichnungen zu machen. Davon ausgenommen sind bloß Einvernahmen im Zuge einer Videokonferenz.

5.2. Über allfällige Ausnahmen von Fotografier-, Filmverbot oder Verbot der Aufnahme von Video- und Tonbandaufzeichnungen entscheidet der jeweilige Verhandlungsrichter im Bereich einer konkret durchzuführenden Verhandlung und der Gerichtsvorsteher über die jeweils vorher gestellten Ausnahmsanträge.

## **6. Zwangsgewalt der Kontrollorgane:**

6.1. Personen, die es zu Unrecht ablehnen, sich einer Sicherheitskontrolle zu unterziehen oder eine bei ihnen vorgefundene Waffe zu verwahren, sind vom Kontrollorgan aus dem Gerichtsgebäude zu weisen. Unter den gleichen Voraussetzungen sind auch Personen aus dem Gerichtsgebäude zu weisen, die eine Sicherheitskontrolle umgangen haben.

6.2. Die Kontrollorgane sind ermächtigt, im Falle der Nichtbefolgung ihrer Anweisung nach Punkt 5.1. die Anwendung unmittelbarer Zwangsgewalt anzudrohen und bei Erfolglosigkeit der Androhung ihre Anweisungen mit angemessener unmittelbarer Zwangsgewalt unter möglicher Schonung des Betroffenen durchzusetzen; der mit einer Lebensgefährdung verbundene Gebrauch einer Waffe ist hierbei nur im Falle der gerechten

Notwehr oder Nothilfe zur Verteidigung eines Menschen zulässig.

#### 7. Ausfolgung übergebener Waffen:

7.1. Die verwahrte Waffe ist dem Besitzer auf sein Verlangen möglichst beim Verlassen des Gerichtsgebäudes auszufolgen.

7.2. Sofern es sich um eine Waffe handelt, für die der Besitzer eine waffenrechtliche Urkunde benötigt, darf sie nur ausgefolgt werden, wenn er eine solche vorweist. Andernfalls ist die Sicherheitsbehörde zu verständigen, die Waffe bis zu deren Eintreffen zurückzubehalten und deren Verfügung abzuwarten.

7.3. Anlässlich des Betretens des Amtsgebäudes abgegebene Waffen werden, wenn sie nicht abgeholt oder entgegengenommen werden, jeweils nach Ablauf des ersten Quartals des Folgejahres dem Fundamt der Stadtgemeinde Müzzuschlag übergeben.

#### **8. Säumnisfolgen:**

8.1. Wer aus dem Gerichtsgebäude gewiesen worden ist, weil er sich zu Unrecht geweigert hat, sich einer Sicherheitskontrolle zu unterziehen oder eine Waffe zu verwahren und deshalb eine zur Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung erforderlichen Verfahrenshandlung nicht vorgenommen hat oder einer Verpflichtung im Gericht nicht nachgekommen ist, ist grundsätzlich als unentschuldigt säumig anzusehen.

#### **9. Verständigung der Polizei:**

9.1. Bei Erfolglosigkeit der nach Punkt 6. anzuwendenden Zwangsgewalt der Kontrollorgane habe diese umgehend die Polizei zu verständigen.

#### 10. Weitergehende Sicherheitsmaßnahmen aus besonderem Anlass:

Aus besonderem Anlass werden dem Anlassfall entsprechend

weitergehende Sicherheitsmaßnahmen angeordnet werden. Solche Maßnahmen können beispielsweise sein:

10.1. Durchführung von Personen- und Sachkontrollen durch Organe der Sicherheitsbehörden im gesamten Gerichtsgebäude, soweit dadurch nicht die dem Vorsitzenden einer Verhandlung während und am Ort der Verhandlung zukommende Sitzungspolizei beschränkt wird;

10.2. Verbot des Zugangs bestimmter Personen in das Gerichtsgebäude bzw. Verfügung, dass bestimmte Personen dieses zu verlassen haben;

10.3. Berechtigung des Zugangs nur nach Hinterlegung eines Ausweises oder sonstiger Feststellung der Generalien und Ausstellung eines Besucherausweises;

10.4. Verhängung eines weitergehenden Fotografier- und Filmverbotes sowie eines Verbotes von Video- und Tonbandaufzeichnungen, verbunden mit dem Verbot des Einbringens von Geräten hierfür;

10.5. Beschränkung oder Unterbindung des Fahrzeugverkehrs im Bereich des Gerichtes.

**11. Haupteingang, Tiere, Nichtraucherchutz, Kopfbedeckungen, Sonstiges:**

11.1. Für den Eintritt in das Gerichtsgebäude steht grundsätzlich nur der Haupteingang zur Verfügung; Bedienstete des Hauses und die Naturalwohnungsinhaber können auch den Hintereingang benützen, soweit sie über Schlüssel verfügen.

11.2. Die Mitnahme von Tieren in das Gerichtsgebäude ist grundsätzlich untersagt; die Kontrollorgane werden angewiesen, Personen beim Haupteingang zurückzuweisen, welche Tiere in das Gerichtsgebäude mitzunehmen beabsichtigen. Blinden und stark sehbehinderten Personen

ist das Mitführen ihres Begleithundes (Blindenführhundes) jedoch ausdrücklich gestattet.

11.3. In sämtlichen allgemein zugänglichen Räumen dieses Amtsgebäudes gilt gemäß § 13 Abs. 1 Tabakgesetz ein Rauchverbot.

11.4. Bei Verhandlungen und Vernehmungen gilt ein grundsätzliches Kopfbedeckungsverbot. Der Verhandlungsleiter kann auf die Einhaltung dieses Verbotes bestehen und im Einzelfall Ausnahmen von diesem Verbot gewähren.

11.5 Das Tragen von Bekleidung oder Kopfbedeckungen, die einer Identifizierung der Person hinderlich sind, ist ebenso verboten wie jede Form von sichtbarer Religionsausübung.

11.6 Der Zutritt zum Gerichtsgebäude ist nur im Zusammenhang mit dem Amtsbetrieb gestattet.

## **12. Notruf- und Alarmierungseinrichtungen:**

12.1. Jeder Bedienstete hat im Not- und Gefahrenfall eine Alarmierung der Sicherheitsbehörde durch Betätigen des Notruftasters vorzunehmen.

12.2. Im Gefahrenfall habe alle im Gerichtsgebäude befindlichen Personen den gegebenen Alarmsignalen und den über die Lautsprecher erfolgten Anweisungen allenfalls auch zur raschen Räumung des Gebäudes Folge zu leisten.

## **13. Alarmierungs-, Räumungs- und Einsatzpläne:**

13.1. Sämtliche im Gerichtsgebäude beschäftigten Personen haben sich über die wesentlichen Inhalte der Alarmierungs-, Räumungs- und Einsatzpläne zu informieren und die dort geregelten Verständigungspflichten und Verhaltensmaßnahmen zu befolgen.

**14. Versperren der Amtsräume:**

14.1. Sämtliche Amtsräume sind bei - auch bloß kurzfristigem - Verlassen zu versperren.

**15. Rechtsgrundlage:**

15.1. Diese Hausordnung gründet auf die Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 30.12.1996, BGBl. 760/96, die Ausübung des Hausrechtes im Sinne der Bestimmungen der §§ 353 f ABGB sowie die Sicherheitsrichtlinie 2017.

Mürzzuschlag, am 15.9.2021  
Der Vorsteher des Bezirksgerichtes  
Mag. Günther Grohmann eh.